

KTM Franken führte aus, dass sich CDU/GRÜNE und SPD-Kreistagsfraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt hätten. Er zeigte sich erfreut, dass es hier zu einem großen Schulterschluss gekommen sei. Die Situation sei allen bekannt aus Funk, Fernsehen und Zeitung. Der AWDT möchte ein Signal senden an Eitorf aber auch an die Aktiengesellschaft in Friedrichshafen, dass hier die gesamte Region zusammensteht. Es sei wichtig, dieses Thema hier im AWDT zu beraten, einen Beschluss zu fassen und darüber hinaus auch die Solidarität mit den Mitarbeitenden vor Ort zu dokumentieren. Desweiteren solle klargestellt werden, dass der Rhein-Sieg-Kreis hier Seite an Seite stehe. In verantwortlicher Politik müsse auch über die nächsten Schritte nachgedacht werden. Im Fokus stehe der Arbeitskampf, der Erhalt der Arbeitsplätze. Von dieser Position werde die Politik keinen Millimeter zurückweichen.

Gerade deshalb sei er so erfreut, dass der vorliegende gemeinsame Antrag gestellt wurde und dieser auch im Kreistag entschieden werde.

KTM Kirli begrüßte ebenfalls, dass hier ein gemeinsamer Antrag vorgelegt wurde. Es sei ein ganz wichtiges Zeichen, dass die Politik zusammenstehe und im Sinne der Beschäftigten agiere. Seiner Meinung nach sei es „eine riesige Schweinerei“, was da passiere von Seiten der Geschäftsleitung. Zu Beginn wurde zwischen IG Metall und dem Betriebsrat verhandelt. Dann verabschiedete man sich einseitig, weil man nicht die Gesamtzusammenhänge gesehen habe, sondern nur standortbezogen beobachtet habe.

Hieraus müsse auch für die Politik die Lehre gezogen werden, das Gesamte im Blick zu haben und in Höhe der Beschäftigten zu agieren. Er sei der Auffassung, dass der Druck der Beschäftigten auf die Gewerkschaft dafür gesorgt habe, dass die Geschäftsleitung sich wieder an einen Tisch setzt. Es sei darauf zu achten, dass dies keine „Nebelkerze“ werde. Der weitere Prozess müsse genauestens beobachtet werden, nicht das in 2024 genau die gleiche Konstellation wieder bestehe. Dieser großen Aufgabe müsse sich die Politik widmen.

Abschließend dankte er für den breiten Schulterschluss in diesem Gremium.

KTM Kuhlmann betonte zunächst die gute Nachricht, dass die Entscheidung über die Schließung für ein Jahr auf Eis gelegt worden sei. Hieraus ergebe sich mehr Spielraum, um über eine verträgliche Lösung nachzudenken.

Die geplante Schließung des ZF Standortes sei ein schwerer Schlag für die obere Sieg und die zahlreichen Beschäftigten. Das umso mehr, als dass der Betriebsrat ein solides Zukunftskonzept vorgelegt habe. Die ZF sei ein starkes Unternehmen von internationaler Bedeutung. Man solle das Zukunftskonzept nochmals überdenken. Das Land Nordrhein-Westfalen, der Rhein-Sieg-Kreis und auch die Gemeinde Eitorf

wissen, wie die Standorte der ZF zusammenhängen und zusammenarbeiten. Es müssten so viele Arbeitsplätze wie möglich in Eitorf erhalten werden.

KTM Palonen-Heiße bekräftigte, dass Ihre Fraktion natürlich auch den vorliegenden Antrag unterstütze. Es gehe um den Erhalt der Arbeitsplätze. Daneben solle aber auch die Unabhängigkeit des Standortes weiter unterstützt werden.

Der Ausschussvorsitzende schlug abschließend vor, diese gemeinsame Resolution im Kreistag beschließen zu lassen und stellte diesen Vorschlag zur Abstimmung.

KTM Becker bestätigte, dass das Vorgehen so abgesprochen sei. Sie merkte an, dass die SPD-Kreistagsfraktion bereits eine eigene Resolution an den Kreistag gerichtet habe. Diese werde im Kreisausschuss und Kreistag zurückgezogen, wenn heute im AWDT ein einvernehmlicher Beschluss über den vorliegenden Antrag getroffen werde.

Der Ausschussvorsitzende formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:  
Die vorliegende gemeinsame Resolution der CDU/GRÜNEN und SPD-Kreistagsfraktionen wird beschlossen.“

KTM Kuhlmann ergänzte hierzu, dass seine Fraktion erst im Kreisausschuss bzw. Kreistag eine Entscheidung zum Beitritt zum vorliegenden Antrag abgeben werde.

Der Ausschussvorsitzende stellte den Beschlussvorschlag erneut zur Abstimmung.